



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss

1649

Décision

29. Aug. 1990

Decisione

Schweizerische Delegation im Vorbereitungsausschuss (PrepCom) für das KSZE-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs (19.-21.11.1990 in Paris)

Aufgrund des Antrages des EDA vom 24. August 1990
 Aufgrund des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Die Schweiz nimmt im Vorbereitungsausschuss (PrepCom) für das KSZE-Gipfeltreffen teil.
2. Die schweizerische Delegation setzt sich wie folgt zusammen:
 - Frau Marianne von Grünigen, Botschafterin, Chef der Politischen Abteilung III, Delegationschefin
 - Herr Paul Widmer, Chef des KSZE-Dienstes, Politische Abteilung III, stellvertretender Delegationschef (zeitweise)
 - Herr Jean-Claude Joseph, Botschaftsrat an der schweizerischen Botschaft in Wien und stellvertretender Chef der VSBM-Verhandlungen (zeitweise und zusätzlich zu den VSBM-Verhandlungen)
 - Herr Reto Dürler, KSZE-Dienst, Politische Abteilung III, diplomatischer Mitarbeiter
 - Herr Oberst J. Schärli, Chef der Abteilung für friedenspolitische Massnahmen im EMD (zeitweise und zusätzlich zu den VSBM-Verhandlungen)
 - Herrn lic. phil. Bruno Rösli, wissenschaftlicher Beamter Stab GGST.

Die Delegation ist im weiteren befugt, bei Bedarf für die Behandlung spezifischer Fragen Experten aus der Bundesverwaltung beizuziehen.

Abteilung	Anzahl	Stellen	Wahl
EDA	10	-	
EDI			
EDF	5		
EDG	5		
EDH	7		
EVD	5		
VED			
EN			
EPK	2		
Y. Pr. St. A.	2		

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

3. Das Taggeld der Delegationsmitglieder wird in Uebereinstimmung mit dem Eidgenössischen Personalamt festgelegt.

Der Delegationschefin wird für Auslagen im Zusammenhang mit ihrer Funktion ein Zuschlag von Fr. 15.-- pro Tag ausgerichtet.

Die Entschädigung der Delegationsmitglieder des EDA werden dem Kredit "Ersatz von Auslagen" des EDA, jene von departementsfremden Mitgliedern dem Kredit "Ersatz von Auslagen" ihres entsprechenden Amtes belastet.

4. Der Schlüssel zur Verteilung der KSZE-Ausgaben beträgt für die Schweiz 2 % der Totalausgaben der Konferenz. Die Teilnehmerkosten werden der Budgetrubrik 201.373.02 (KSZE-Sicherheitskonferenz) des EDA belastet.

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:



Protokollauszug an:
 ohne / mit Beilage

z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
X		EDA	10	-
		EDI		
X		EJPD	5	-
X		EMD	5	-
X		EFD	7	-
X		EVD	5	-
		EVED		
		BK		
X		EFK	2	-
X		Fin.Del.	2	-



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

Für die BR.-Sitzung
vom 29. AUG. 1990

Bern, den 24. August 1990

An den Bundesrat

Schweizerische Delegation im Vorbereitungsausschuss (PrepCom) für
das KSZE-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs
(19.-21.11.1990 in Paris)

1. Das ursprünglich vom sowjetischen Präsidenten Gorbatschow angeregte KSZE-Gipfeltreffen hat die Zustimmung aller KSZE-Teilnehmerstaaten gefunden und wurde auf den 19. - 21. November 1990 in Paris festgelegt.

In einer Sondersitzung zu Beginn der Kopenhagener Konferenz über die Menschliche Dimension (am 5. Juni 1990) vereinbarten die Aussenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten, in Wien einen Ausschuss zur Vorbereitung des Gipfeltreffens ihrer Staats- und Regierungschefs einzuberufen. Dieser Ausschuss sollte den Zeitplan, die Tagesordnung und andere organisatorische Modalitäten für den Gipfel festlegen. Darüber hinaus wurde er beauftragt, Entwürfe für ein oder mehrere Dokumente vorzubereiten.

2. Eine **erste Organisationssession des PrepCom** fand vom 10. - 27. Juli 1990 statt. In dieser Arbeitsphase ist es dem PrepCom gelungen, die Tagesordnung für das Gipfeltreffen im wesentlichen zu bereinigen und Elemente für ein oder mehrere Dokumente, die am Gipfeltreffen verabschiedet und unterzeichnet werden sollen, zu erarbeiten. Ausserdem hat es seine eigene Arbeitsstruktur festgelegt.

3. Die **zweite Session des PrepCom** beginnt am 4. September 1990 in Wien und tagt voraussichtlich bis nahe zum Gipfeldatum. Sie wird anfangs Oktober kurz unterbrochen, weil sich die Aussenminister der KSZE-Staaten auf Einladung des amerikanischen Aussenministers James A. Baker III in New York treffen werden.
- Gegenstand der Arbeiten des PrepCom wird in dieser zweiten Phase die Ausarbeitung eines oder mehrerer Dokumente sein, die sich auf ein im Juli ausgearbeitetes "Non-Paper" stützen.
- Dieses beginnt mit einem politisch-programmatischen Teil zu einem demokratischen, friedlichen und vereinigten Europa und zur Rolle des KSZE-Prozesses bei den Veränderungen auf unserem Kontinent.
 - In einem zweiten Teil sollen Richtlinien für die künftige Entwicklung des KSZE-Prozesses aufgestellt werden.
 - Im dritten Teil werden die dafür erforderlichen Strukturen (Institutionalisierung) erarbeitet.
 - Schliesslich sind einige Zeilen dem "Follow-up" des Pariser Gipfels gewidmet.

Den Elementen entsprechend (das "Follow-up" wird der Institutionalisierung zugeteilt) sollen drei Arbeitsgruppen eingesetzt werden, die bei Bedarf mit einer vierten Gruppe zur Koordinierung des ganzen Textes ergänzt werden könnten. Die vier Gruppen werden von den Neutralen, und zwar von einer Person im Botschafterrang, koordiniert. Der Schweiz fällt die Koordination der Richtlinien für die Zukunft des KSZE-Prozesses zu, während Schweden den programmatischen Teil, Finnland die Institutionalisierung sowie das "Follow-up" des Gipfels und Oesterreich gegebenenfalls die übergeordnete Gruppe leiten wird.

4. Die **Elemente für die Dokumente** (s. Anhang) werden die Grundlage der weiteren Verhandlungen bilden, was jedoch nicht ausschliesst, dass einzelne Punkte noch abgeändert oder ergänzt werden können. Die erarbeitete Struktur umfasst folgende Teile:
- a) Der **politisch-programmatische Teil** soll eine feierliche Erklärung zu einem demokratischen und friedfertigen Europa enthalten. Namentlich dem Gastgeberland Frankreich liegt viel an einer programmatischen Deklaration, welche zur Richtschnur für das "neue Europa" werden soll. So möchten die KSZE-Staaten, wie sich jetzt in Umrissen abzeichnet, die grundlegenden Veränderungen in Europa begrüssen; sie anerkennen die Fortschritte in den Bereichen der Demokratie, des Rechtsstaates und des Menschenrechtsschutzes, und sie unterstützen die neuen Demokratien. Ferner bekräftigen sie die flexible Natur des KSZE-Prozesses und die zehn in der Schlussakte von Helsinki niedergelegten Prinzipien.

- 3 -

Sie drücken ihre Genugtuung aus über das Resultat der Gespräche betreffend die deutsche Einheit. Sie bekennen sich zur Marktwirtschaft, zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit, zur Entwicklung auf dem Gebiet des Umweltschutzes und zum Grundsatz der sozialen Sicherheit. Ferner anerkennen sie den hervorragenden Beitrag der KSZE im Bereich der militärischen Sicherheit und Vertrauensbildung und würdigen die bei den Wiener Abrüstungsverhandlungen erreichten Resultate.

Sie bekräftigen ausserdem ihre Entschlossenheit, den KSZE-Verpflichtungen nachzukommen.

- b) Bei den **Richtlinien für die Zukunft** geht es um die Definition der Rolle, welche der KSZE-Prozess bei der zukünftigen Architektur Europas spielen wird. Die Notwendigkeit, den KSZE-Prozess weiterzuentwickeln und in allen drei Körben zu stärken, wird hervorgehoben. Es geht namentlich darum, in allen Bereichen die Konsultationen zu intensivieren und - so auch im Bereich der menschlichen Dimension und der friedlichen Beilegung von Streitfällen - neue Mechanismen zu schaffen und bestehende zu verbessern.
- c) Bei der Verstärkung der Strukturen des KSZE-Prozesses (**Institutionalisierung**) ist vorgesehen, regelmässige Konsultationen zwischen den Teilnehmerstaaten auf Stufe Staats- und Regierungschef und/oder Minister und hohe Beamte abzuhalten. Ferner sollen die KSZE-Folgetreffen öfters stattfinden. Befürwortet werden auch ein kleines KSZE-Sekretariat, ein Zentrum zur Konfliktverhütung, die Ausarbeitung eines Mechanismus oder mehrerer Mechanismen für die friedliche Beilegung von Streitigkeiten und die Schaffung eines parlamentarischen Gremiums der KSZE.

- 5. Bei der Erarbeitung des Gipfeldokuments oder der Gipfeldokumente wird die **schweizerische Delegation** die im politisch-programmatischen Teil aufgeführten Bekenntnisse unterstützen. Besonderes Gewicht wird sie auf die Begrüssung der positiven Entwicklung in den mittel- und osteuropäischen Staaten legen. Ein bedeutendes Anliegen ist ihr ferner die feierliche Bekräftigung der zehn in der Schlussakte von Helsinki niedergelegten Prinzipien sowie der im Bonner und im Kopenhagener Dokument angenommenen Grundsätze.

Im **programmatischen Teil** könnten auch einige Vorstösse erfolgen, welche aus Schweizer Sicht problematisch sind. So schlugen verschiedene Staaten in der Juli-Session, gestützt auf die Londoner NATO-Deklaration vom 6.7.1990, eine feierliche Erklärung der einzelnen Mitgliedstaaten der beiden militärischen Allianzen zum Thema "Gewaltverzicht" vor. Dabei sollten die andern KSZE-Staaten eingeladen werden, sich einer solchen Erklärung anzuschliessen. Einige Delegationen dürften diesen Vorschlag im Herbst mit Nachdruck wiederaufnehmen.

- 4 -

Die Schweizer Delegation - wie auch die andern Neutralen - erklärte bereits im Juli, zweifelsohne liege eine Nichtangriffserklärung zwischen den 23 im Sicherheitsinteresse aller KSZE-Staaten. Doch könnte sich die Schweiz aus prinzipiellen Ueberlegungen dem vorgeschlagenen Vorgehen nicht anschliessen. Der Antagonismus in Europa war bisher in erster Linie eine Angelegenheit zwischen den beiden militärischen Bündnissen; die Beendigung ist es ebenfalls. Folglich wird sich die schweizerische Delegation dafür einsetzen, dass in dieser Frage zweigleisig vorgegangen wird: Einerseits sollen die 23 Staaten, sofern sie es möchten, eine feierliche Erklärung, welche sich auf das Prinzip des Nichtangriffs verpflichtet, abgeben. Andererseits können die 35 KSZE-Staaten ein solches Dokument begrüessen und das Prinzip des Verzichts auf Androhung oder Anwendung von Gewalt, wie es bereits in der Schlussakte von Helsinki enthalten ist, bekräftigen.

Mit Vorsicht wird die Schweiz auch Konzepten der kollektiven Sicherheit im militärischen Bereich begegnen. Sie dürften mit unserer Neutralität nicht vereinbar sein. Es ist allerdings kaum anzunehmen, dass es im PrepCom zu vertieften Debatten über die kollektive Sicherheit kommen wird. Zu sehr ist das Konsensprinzip, welches die Beschlussfassung von problematischen militärischen Zwangsmassnahmen verhindert, im Bewusstsein der KSZE-Staaten verankert. Hingegen dürfte, was wünschenswert ist, die Notwendigkeit einer verstärkten sicherheitspolitischen Kooperation anerkannt werden. Bereits jetzt bestehen solche Elemente, namentlich im Bereich der vertrauens- und sicherheitsbildenden Massnahmen. Die Schweiz wird sich dafür einsetzen, dass die sicherheitspolitische Kooperation in diesen Bereichen vertieft und fortgesetzt wird, wobei an der dauernden und bewaffneten Neutralität festzuhalten ist und die Armee weiterhin das Hauptinstrument der Sicherheitspolitik bildet.

Bei den Zielsetzungen für die Zukunft tritt die Delegation für eine ausgewogene Weiterentwicklung aller drei Körbe des KSZE-Prozesses ein. Im Bereich der Sicherheit begrüsst sie es, wenn die bisherigen Teilnehmer an den CFE-Verhandlungen (Conventional Forces in Europe) sogleich nach dem Gipfeltreffen ihre Verhandlungen fortsetzen. Gleichzeitig müssen indessen auch die Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Massnahmen (VSBM) zu einem bedeutungsvollen Abschluss geführt werden. Schliesslich soll der KSZE-Gipfel aber auch weiterreichende Leitvorstellungen für die Zukunft der Rüstungskontroll- und Abrüstungsbemühungen entwickeln, die in neue Verhandlungen münden werden, welche die bisherigen CFE- und VSBM-Verhandlungen ersetzen, unmittelbar nach dem Helsinki-Folgetreffen begännen und woran alle KSZE-Staaten teilnähmen.

- 5 -

Die Delegation wird sich für die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage von marktwirtschaftlichen Prinzipien aussprechen und misst der Hilfe an Teilnehmerstaaten, die grundlegende Reformen ihres bisherigen politischen und wirtschaftlichen Systems eingeleitet haben, grosse Bedeutung zu.

Die Delegation wird sich auch für die Verwirklichung der bisher in der KSZE verabschiedeten Grundsätze und Verpflichtungen einsetzen und ebenfalls die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den KSZE-Staaten im Kampf gegen Terrorismus und Drogenmissbrauch unterstützen.

Bei den strukturellen Fragen wird sich die Delegation für eine leichte **Institutionalisierung des KSZE-Prozesses** aussprechen. Wichtig ist für die Delegation, dass die Flexibilität des Prozesses erhalten bleibt, die Institutionalisierung dezentral erfolgt und keine Doppelspurigkeiten mit bestehenden Organisationen auftreten. Zustimmung der Schweizer Delegation findet der Vorschlag, regelmässige Treffen auf Regierungschefs-, Minister- und Beamtenebene einzuberufen und häufiger KSZE-Folgetreffen abzuhalten. Der Idee, ein Zentrum für Konfliktverhütung einzurichten, widersetzt sich die Schweizer Delegation nicht. Bei diesem ist indessen darauf zu achten, dass die militärischen und politischen Aspekte konzeptionell klar getrennt sind.

Im militärischen Bereich dürften die Voraussetzungen für ein solches Zentrum am ehesten gegeben sein. In der Tat könnte sich ein solches Zentrum mit dem Austausch von Informationen, Notifikationen, mit der Durchführung von Seminarien über militärische Doktrinen etc. beschäftigen. Im politischen Bereich sind die Konzeptionen dagegen noch weniger weit gediehen. Aus der Sicht der Delegation besteht in erster Linie ein Bedarf nach Mechanismen zur friedlichen Beilegung von Streitfällen. Sie wird sich mit Nachdruck für diese Belange einsetzen, derweil sie bei den übrigen Vorstössen politischer Natur, welche einen andern Zweck als die friedliche Streitbeilegung verfolgen, Zurückhaltung ausüben wird.

Bei der Frage der Errichtung eines KSZE-Sekretariates sind die Meinungen geteilt: Sie reichen von einem flankierenden verwaltungstechnischen Sekretariat bis zu einer grösseren Organisation. Die Mehrheit der Staaten tritt bis anhin für ein kleines Sekretariat mit reinen Verwaltungsaufgaben ein. Einem solchen Vorschlag könnte auch die Delegation zustimmen. Dabei ist allerdings noch offen, wie das Personal ausgewählt und ob ein solches Sekretariat rotierend oder in einer Hauptstadt fest errichtet würde. Ausserdem wird sich die Delegation für den parlamentarischen Unterbau des KSZE-Prozesses einsetzen.

6. Auf die drei im folgenden zu erörternden Punkte wird die Delegation **besonderes Gewicht** legen:

a) Die Delegation hat den in Kopenhagen vorgebrachten Vorschlag wegen einem **Expertentreffen über nationale Minderheiten** in der Schweiz in der ersten Hälfte 1991 im PrepCom wieder aufgenommen.

Er fand bei zahlreichen Delegationen grosse Unterstützung. Indessen hat sich der Widerstand der USA, obschon sie nicht grundsätzlich gegen ein solches Vorhaben eingestellt sind, verstärkt. Aus zeitlichen, finanziellen und auch aus Präjudizgründen lehnen sie zusätzliche Treffen, die nicht im Wiener Schlussdokument erwähnt sind, vor dem Folgetreffen 1992 von Helsinki strikt ab. Die Schweiz wird insbesondere im direkten Kontakt mit Washington weiterhin versuchen, die amerikanische Regierung zu einem Sinneswandel zu bewegen. Ferner ist nicht auszuschliessen, dass andere Staaten, die dem Schutz nationaler Minderheiten aus grundsätzlichen Ueberlegungen kritisch gegenüberstehen, Einwände gegen ein solches Treffen vorbringen könnten.

b) Der von der Schweiz initiierte und an der Kopenhagener Konferenz über die Menschliche Dimension von allen N+N-Staaten eingereichte Vorschlag betreffend die Verbesserung des **Mechanismus in der menschlichen Dimension** wurde im Dokument von Kopenhagen zwar erwähnt, hat aber materiell den Konsens der KSZE-Staaten noch nicht gefunden. Es wird ein Anliegen der Delegation sein, die Annahme des schweizerischen Vorschlages zu begünstigen. Dieser sieht vor, das im Wiener Schlussdokument enthaltene Kapitel über den Mechanismus mit der Bestimmung zu ergänzen, dass bei Menschenrechtsverletzungen jeder KSZE-Staat Beobachter in ein anderes KSZE-Teilnehmerland entsenden kann.

Die von der Schweiz vorgeschlagenen Modalitäten für die Beobachtung zeichnen sich durch eine grosse Flexibilität aus. Im Gegensatz zu anderen Vorschlägen im gleichen Bereich erfordert der schweizerische keine neuen Gremien, was somit den traditionellen KSZE-Erfordernissen am besten entspricht.

c) Die **friedliche Erledigung von Streitfällen** ist ein besonderes Anliegen der Schweiz. Sie setzt sich seit 1973 für eine entsprechende Schlichtungsmethode im Rahmen der KSZE ein.

Das Expertentreffen über die friedliche Erledigung von Streitfällen, welches vom 15. Januar bis 8. Februar 1991 in Malta stattfindet, ist von ausschlaggebender Bedeutung für die schweizerische Diplomatie. Obwohl der Grundsatz der friedlichen Erledigung von Streitfällen zu den Prinzipien der Schlussakte von Helsinki gehört, sind die schweizerischen Bemühungen lange Zeit am Widerstand anderer KSZE-Staaten gescheitert. Im Jahre 1987 indessen hat sich die Sowjetunion für den Vorrang des Völkerrechts in den internationalen Beziehungen ausgesprochen und den Gedanken der internationalen Streitschlichtung anerkannt. Angesichts dieser Umstände ist die Schweiz wieder aktiv geworden.

- 7 -

Im Hinblick auf das Treffen von Valletta schlägt sie den KSZE-Teilnehmerstaaten eine Methode der Streitschlichtung vor, die folgendes vorsieht: Beim Scheitern der Verhandlungen könnte sich jede Konfliktpartei an eine dritte Partei wenden, die nicht in den Streit verwickelt ist. Jede Partei könnte somit, je nach der Art des Streitfalles, ein Vergleichs-, ein Vermittlungs- oder auch ein Schiedsverfahren in Gang setzen.

Diese Methode, deren Anwendungsgebiet und Modalitäten in Valletta auszuarbeiten sind, soll ausbaufähig sein, so dass sie der Entwicklung angepasst werden kann. Insbesondere ist von Zeit zu Zeit zu prüfen, ob die Liste der einem Schiedsverfahren unterworfenen Streitfälle zu verlängern ist. Die Schweizer Delegation wird sich dafür verwenden, dass der KSZE-Gipfel die Bedeutung des Treffens von Valletta hervorhebt und die nötigen politischen Impulse verabreicht.

Im Zusammenhang mit der friedlichen Beilegung von Streitfällen stellt sich ebenfalls die Frage der Institutionalisierung. Die Delegation wird sich auch hier für eine leichte Form einsetzen und das Angebot unterbreiten, gegebenenfalls in der Schweiz ein kleines Sekretariat zur Verfügung zu stellen. Das würde heissen: Innerhalb der Bundesverwaltung gäbe es eine Stelle, an welche sich eine Konfliktpartei wenden könnte. Diese Stelle würde hernach die nötigen Verfahren in Gang setzen.

7. Gemäss diesen Erwägungen schlagen wir Ihnen folgende **Zusammensetzung der Delegation** vor:

- Frau Marianne von Grünigen, Botschafterin, Chef der Politischen Abteilung III, Delegationschefin
- Herr Paul Widmer, Chef des KSZE-Dienstes, Politische Abteilung III, stellvertretender Delegationschef (zeitweise)
- Herr Jean-Claude Joseph, Botschaftsrat an der schweizerischen Botschaft in Wien und stellvertretender Chef der VSBM-Verhandlungen (zeitweise und zusätzlich zu den VSBM-Verhandlungen)
- Herr Reto Dürler, KSZE-Dienst, Politische Abteilung III, diplomatischer Mitarbeiter
- Herr Oberst J. Schärli, Chef der Abteilung für friedenspolitische Massnahmen im EMD (zeitweise und zusätzlich zu den VSBM-Verhandlungen)
- Herr lic. phil. Bruno Rösli, Wissenschaftl. Beamter Stab GGST.

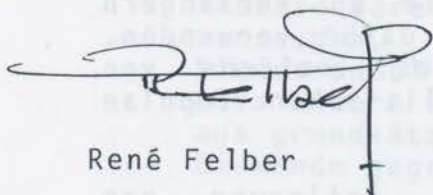
Die Delegation ist im weiteren befugt, bei Bedarf für die Behandlung spezifischer Fragen Experten aus der Bundesverwaltung beizuziehen.

- 8 -

8. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft, die Abteilung für friedenspolitische Massnahmen im EMD, die Bundesanwaltschaft und die Eidgenössische Finanzverwaltung sind mit diesem Antrag einverstanden.

Wir schlagen Ihnen deshalb vor, den beiliegenden Beschlussentwurf zu genehmigen.

Eidgenössisches Departement
für auswärtige Angelegenheiten



René Felber

Beilagen: - Elemente für die Dokumente
- Beschlussentwurf

Annexe

Schweizerische Delegation im Vorbereitungsausschuss (PrepCom) für das KSZE-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs (19.-21.11.1990 in Paris)

Aufgrund des Antrages des EDA vom 24. August 1990
Aufgrund des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Die Schweiz nimmt im Vorbereitungsausschuss (PrepCom) für das KSZE-Gipfeltreffen teil.
2. Die schweizerische Delegation setzt sich wie folgt zusammen:
 - Frau Marianne von Grünigen, Botschafterin, Chef der Politischen Abteilung III, Delegationschefin
 - Herr Paul Widmer, Chef des KSZE-Dienstes, Politische Abteilung III, stellvertretender Delegationschef (zeitweise)
 - Herr Jean-Claude Joseph, Botschaftsrat an der schweizerischen Botschaft in Wien und stellvertretender Chef der VSBM-Verhandlungen (zeitweise und zusätzlich zu den VSBM-Verhandlungen)
 - Herr Reto Dürler, KSZE-Dienst, Politische Abteilung III, diplomatischer Mitarbeiter
 - Herr Oberst J. Schärli, Chef der Abteilung für friedenspolitische Massnahmen im EMD (zeitweise und zusätzlich zu den VSBM-Verhandlungen)
 - Herrn lic. phil. Bruno Rösli, wissenschaftlicher Beamter Stab GGST.

Die Delegation ist im weiteren befugt, bei Bedarf für die Behandlung spezifischer Fragen Experten aus der Bundesverwaltung beizuziehen.

3. Das Taggeld der Delegationsmitglieder wird in Uebereinstimmung mit dem Eidgenössischen Personalamt festgelegt.

Der Delegationschefin wird für Auslagen im Zusammenhang mit ihrer Funktion ein Zuschlag von Fr. 15.-- pro Tag ausgerichtet.

Die Entschädigung der Delegationsmitglieder des EDA werden dem Kredit "Ersatz von Auslagen" des EDA, jene von departementsfremden Mitgliedern dem Kredit "Ersatz von Auslagen" ihres entsprechenden Amtes belastet.

4. Der Schlüssel zur Verteilung der KSZE-Ausgaben beträgt für die Schweiz 2 % der Totalausgaben der Konferenz. Die Teilnehmerkosten werden der Budgetrubrik 201.373.02 (KSZE-Sicherheitskonferenz) des EDA belastet.

Für getreuen Auszug:
der Sekretär:

Annexe

26 July 1990

Revised

AD HOC GROUP

ON DRAFT ELEMENTS OF ONE

OR MORE SUMMIT DOCUMENTS

CO-ORDINATOR'S NON-PAPER

DEMOCRATIC, PEACEFUL AND UNITED EUROPE;

Ann coord.
Schweder

- Expression of satisfaction with profound changes in Europe and with the new climate of relations based on the renaissance of democratic values and on enhanced security for all; welcoming of end of era of confrontation and overcoming of division of Europe; satisfaction with beginning of era of co-operation between participating States;
- Acknowledgment of progress of democracy, of the rule of law and of respect for human rights, support for emerging democracies;
- Welcoming of improved security situation, of reductions of armaments already achieved and of prospects for further disarmament and other measures to enhance military security;
- Expression of satisfaction with results of talks relating to German unification, in particular its final settlement under international law; recognition of the positive and fruitful contribution that this will make in the construction of a new Europe;
- Determination to build upon these achievements and to create a new era of peace, stability and prosperity in Europe; readiness of the new Europe to remain open and to make its contribution to the strengthening of world peace and security and to the promotion of fundamental rights, economic and social progress and well-being for all peoples;

The Role of the OSCE Process

- Affirmation of role of OSCE process in recent changes in Europe and as framework for promoting stability, co-operation and deepening reforms as well as for the strengthening of co-operative elements of European security;
- Reaffirmation of the ten principles of the Final Act and of their solemn commitment to put them into practice;
- Commitment to human rights and fundamental freedoms, the rule of law, free elections and pluralist democracy;
- Recognition of linkage between respect for human rights and peace, stability and co-operation in Europe;
- Commitment to market economy, to economic co-operation and progress, to sustainable development and policies to promote social justice;
- Acknowledgment of the important contribution of the OSCE process in the area of military security and confidence-building; welcoming of the results achieved in the Vienna negotiations;
- Confirmation of the comprehensive and flexible nature of the OSCE process;
- Expression of satisfaction with the contribution of all OSCE follow-up and intercessional meetings;
- Determination to implement fully all OSCE commitments;

GUIDELINES FOR THE FUTURE

Zur coord
Schweiz

DEVEL

- Definition of crucial role which the CSCE process will play in the future architecture of Europe and in establishing a new set of relations between participating States;
- Underlining the need to develop and strengthen the CSCE process to enable it to fulfil its role by enhanced political consultation and the elaboration of new mechanisms in the field of security and co-operation, including means for conflict prevention and peaceful settlement of disputes;
- Recognition of the important contribution of the European Community to the political and economic future of Europe;
- Furthering balanced and comprehensive development of the CSCE process including action to:

strengthen the human dimension of the CSCE, including the development of the CHD mechanism, and to encourage the development of democratic institutions which will ensure respect for the rule of law, human rights and fundamental freedoms, including the right to free and fair elections and better protection of minorities;

make a decisive contribution to strengthening security, co-operation and stability in Europe, including through continued negotiations on military security;

co-operate in the fight against terrorism and against the spread of drug abuse;

promote economic, scientific and technological co-operation, founded on market economy and aiming at the achievement of social progress, including assistance to participating States which undertake profound reforms;

advance greater observance and further development of commitments in the field of environmental protection;

promote and strengthen security and co-operation in the Mediterranean as an important factor for ensuring stability in Europe;

develop human contacts including exchanges among young people and to promote the free flow of information and ideas;

further develop cultural values proceeding from the cultural and spiritual heritage of participating States, to protect this heritage and to promote co-operation and exchanges in the fields of culture, education and science;

facilitate the role in the CSCE process of non-governmental organizations and groups which are committed to the implementation of CSCE commitments.

DEVELOPMENT OF THE STRUCTURES OF THE CSCE PROCESS

3rd. coord
Finland

- Regular consultations among participating States at the Heads of State or Government and/or Ministerial level and of senior officials;
- More frequent CSCE follow-up meetings;
- A small CSCE secretariat;
- New structures in the field of security, including a Centre for the Prevention of Conflicts;
- Guidelines for establishing a mechanism or mechanisms for the peaceful settlement of disputes;
- Creation of a parliamentary body for the CSCE;
- Relationship between the CSCE process and relevant international institutions, in particular the Council of Europe.

1. Statements and exchange of views by the Heads of State or Government of the participating States regarding the new situation in Europe and the action to be taken in the further development of security, stability and co-operation, including the enhancement of the CSCE process.

2. Contribution by the Secretary-General of the Council of Europe.

3. Adoption and signature of the Summit document.

4. Formal closure of the Conference.

Arrangements for the signing of a CFE treaty will be agreed among the countries concerned.

The modalities of this contribution will be subject to further clarification.

FOLLOW UP TO THE SUMMIT

3rd coord

- Mandate for Foreign Ministers of the participating States to implement the decisions of the Summit and for further consideration of other ideas for the strengthening of security and co-operation in Europe.

Underlining the need to develop and strengthen the CSCE process and its role by enhanced political consultation and the elaboration of new mechanisms in the field of security and co-operation including confidence building measures and peaceful settlement of disputes;

Recognizing the important contribution of the European Community to the political and economic stability of Europe and its role in the development of a common European identity;

Furthering balanced and comprehensive development of the CSCE process including action for the creation of a permanent body for the CSCE process;

strengthening the human dimension of the CSCE process and the development of the OSCE mechanism, and to encourage the development of administrative institutions which will ensure respect for the rule of law, human rights and fundamental freedoms, including the right to free and fair elections and better protection of minorities;

make a decisive contribution to strengthening security, co-operation and stability in Europe, including through continued negotiations on military security;

co-operate in the fight against terrorism and against the spread of drugs;

promote economic, scientific and technological co-operation, based on market economy and aiming at the achievement of social progress, including assistance to participating States which undertake profound reforms;

advance greater observance and further development of commitments in the field of environmental protection;

promote and strengthen security and co-operation in the Mediterranean as an important factor for ensuring stability in Europe;

develop human contacts including exchanges among young people and to promote the free flow of information and ideas;

further develop cultural values proceeding from the cultural and spiritual heritage of participating States, to protect this heritage and to promote co-operation and exchanges in the fields of culture, education and science;

facilitate the role in the CSCE process of non-governmental organizations and groups which are committed to the implementation of CSCE commitments.

26 July 1990

VERSION 6

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DEPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

Draft Agenda for the
Paris CSCE Summit Meeting 1990*

1. Formal opening of the Conference
Address by the Head of State of the host country
Address by the Secretary-General of the United Nations
2. Statements and exchange of views by the Heads of State or Government of the participating States regarding the new situation in Europe and the action to be taken in the further development of security, stability and co-operation, including the enhancement of the CSCE process
3. Contribution by the Secretary-General of the Council of Europe**^{UM}
4. Adoption and signature of the Summit document(s)
5. Formal closure of the Conference

DEPARTEMENT FÉDÉRAL DES
AFFAIRES ÉTRANGÈRES

Rene Falter

*Arrangements for the signing of a CFE treaty will be agreed among the countries concerned.

** The modalities of this contribution will be subject to further clarification.